

1 Volksabstimmung über die Goldinitiative und den Gegenvorschlag der Bundesversammlung

Am 22. September 2002 fand die Eidgenössische Volksabstimmung über die Verwendung der für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigten Nationalbankreserven statt. Dabei wurde weder die Volksinitiative vom 30. Oktober 2000 «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» noch der Gegenvorschlag der Bundesversammlung vom 22. März 2002 «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» angenommen. Der Geld- und Währungsartikel der Bundesverfassung (Art. 99 BV) blieb somit inhaltlich unverändert und wurde auch nicht mit einer Übergangsbestimmung ergänzt. Die Frage der Verwendung der nicht mehr benötigten Reserven ist wieder offen. Es gilt uneingeschränkt die verfassungsmässige Vorschrift, wonach der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone geht (Art. 99 Abs. 4 BV).

Doppeltes Nein

Das Fehlen einer besonderen Rechtsgrundlage für die Verwendung der nicht mehr benötigten Reserven bedeutet, dass diese vorderhand nicht für andere öffentliche Zwecke verfügbar sind. Sie verbleiben in der Bilanz der Nationalbank. Die Erträge aus den investierten Goldverkäufen fliessen in die ordentliche Erfolgsrechnung. Die Nationalbank erachtet indessen eine Ausgliederung der nicht mehr benötigten Reserven als wünschbar, damit Interessenkonflikte zwischen der Geldpolitik und der Vermögensverwaltung vermieden werden.

Bedeutung für die Nationalbank

2 Totalrevision des Nationalbankgesetzes

Vernehmlassungsergebnisse

Der Bundesrat nahm am 16. Januar 2002 Kenntnis von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens, das auf der Grundlage eines Expertenentwurfs zur Totalrevision des Nationalbankgesetzes durchgeführt worden war (vgl. 94. Geschäftsbericht, Seite 47). Er stellte fest, dass der Gesetzesentwurf auf breite Zustimmung gestossen war und veröffentlichte den Vernehmlassungsbericht.

Festlegen von Leitlinien durch den Bundesrat

Gleichzeitig fällte der Bundesrat eine Reihe von Grundsatzentscheiden zum weiteren Vorgehen. So beschloss er, an der Rechtsform der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft für die Nationalbank festzuhalten, und er entschied sich für einen rechtlichen Doppelsitz in Bern und Zürich. Der Bundesrat bestätigte die im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagene Formulierung des Notenbankauftrags: «Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes. Sie gewährleistet die Preisstabilität. Dabei beachtet sie die konjunkturelle Entwicklung.» Er schlug eine dreiteilige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit vor, die das Gegengewicht zur Unabhängigkeit bilden soll. In den Grundzügen umriss er die Ausgestaltung der Mindestreservepflicht und der Überwachung von Zahlungssystemen. An der Verteilung der Nationalbankgewinne an Bund und Kantone im Verhältnis einen Drittel zu zwei Dritteln hielt der Bundesrat fest. Weiter entschied er, dass der Bankrat die Höhe der Rückstellungen zu genehmigen habe, und sprach sich für eine Verkleinerung des Bankrates von 40 auf neu 11 Mitglieder aus.

Botschaft und Gesetzesentwurf zuhanden der Eidgenössischen Räte

Gestützt auf diese Vorgaben arbeitete das Eidgenössische Finanzdepartement, unter Mitwirkung der Nationalbank, die Botschaft über die Revision des Nationalbankgesetzes aus. Sie wurde vom Bundesrat am 26. Juni 2002 zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Die dem Parlament zugeleitete Revisionsvorlage weist gegenüber dem Vorentwurf der Expertengruppe einige bedeutsame Weiterentwicklungen auf: So ist unter den Aufgaben der Nationalbank nunmehr auch die Mitverantwortung für die Stabilität des Finanzsystems erwähnt; damit erhält die Funktion des «Lender of last resort», des letztinstanzlichen Kreditgebers, eine gesetzliche Verankerung. Ferner sollen neben risikomässig relevanten Zahlungssystemen auch Effektenabwicklungssysteme einer Überwachung durch die Nationalbank unterstellt werden; die Zusammenarbeit zwischen Systemüberwachung (durch die Nationalbank) und Institutsaufsicht (durch die Bankenkommission oder eine ausländische Aufsichtsbehörde) wird im Nationalbankgesetz ausdrücklich geregelt. Zugleich werden verschiedene Änderungen des Banken- und des Börsengesetzes vorgeschlagen, die darauf abzielen, den aufsichtsrechtlichen Rahmen für die Systembetreiber besser auf deren Besonderheiten zuschneiden zu können. Im Bereich der Mindestreserven erhält die Nationalbank die Kompetenz, die Reservepflicht auf dem Verordnungsweg auf Emittenten von elektronischem Geld sowie weitere Emittenten von Zahlungsmitteln auszudehnen; ferner konkretisiert das Gesetz die Basis für die Berechnung der Mindestreserven in verschiedener Hinsicht.

3 Neue Gewinnausschüttungsvereinbarung

Am 5. April 2002 schlossen das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ab. Die neue Vereinbarung löst die geltende Gewinnausschüttungsvereinbarung vom 24. April 1998 ab, welche die Ausschüttungen an Bund und Kantone bis und mit Geschäftsjahr 2002 auf 1,5 Mrd. Franken pro Jahr festlegt. Die neue Vereinbarung gilt für eine Periode von 10 Jahren, umfasst also die Geschäftsjahre 2003 bis 2012 der Nationalbank.

Die Nationalbank hielt Ende 2001 Rückstellungen für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Betriebsrisiken, die um 13,4 Mrd. Franken über ihrem angestrebten Bestand lagen. Dieser Überschuss soll über eine Periode von 10 Jahren abgebaut werden. Das erlaubt, die Gewinnausschüttung ab Frühling 2004 auf Fr. 2,5 Mrd. pro Jahr zu erhöhen. Zudem kann bereits die gemäss geltender Vereinbarung im Frühling 2003 fällige Gewinnausschüttung von 1,5 Mrd. Franken mit einer Sonderausschüttung von 1 Mrd. Franken auf 2,5 Mrd. Franken erhöht werden. Nach Abbau des ausschüttbaren Überschusses wird die Gewinnausschüttung der Nationalbank sich nur noch in Höhe der effektiv erzielten Erträge – aus heutiger Sicht rund 900 Mio. Franken pro Jahr – bewegen.

Die Gewinnausschüttungsvereinbarung wurde auch materiell verfeinert. Die Faustregel, dass die Rückstellungen der Nationalbank im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen sollen, stellt neu auf das nominelle Bruttoinlandprodukt (früher Bruttosozialprodukt) als Messgrösse ab. Die Berechnung der Höhe der angestrebten Währungsreserven berücksichtigt neben den Devisenreserven neu auch die Goldreserven (Basis: 1290 Tonnen Gold). Die freien Aktiven der Nationalbank in der Höhe von 1300 Tonnen Gold bzw. dem Erlös aus zwischenzeitlich getätigten Goldverkäufen bleiben von der Berechnung ausgeklammert. Wie bis anhin wird eine Untergrenze für den Bestand an Rückstellungen sicherstellen, dass die Führung der Geld- und Währungspolitik auch bei unerwarteten Ertragseinbrüchen der Nationalbank nicht gefährdet wird: Die Rückstellungen dürfen den angestrebten Bestand nicht um mehr als 10 Mrd. Franken unterschreiten. Gleichzeitig sorgt eine neu eingeführte Obergrenze dafür, dass der vorgesehene Abbau der überschüssigen Rückstellungen nicht infolge höherer als der prognostizierten Notenbankerträge unnötig verzögert wird: Die Rückstellungen dürfen den vorgesehenen Abbaupfad nicht um mehr als 10 Mrd. Franken überschreiten. In jedem Fall wird die Höhe des vereinbarten Ausschüttungsbetrags nach fünf Jahren überprüft.

Ersatz für die
Vereinbarung 1998

Erhöhte Gewinnausschüttung

Inhaltliche Verfeinerungen